

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

182 · Dezember 2005

Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

aus dem Inhalt

Pazifismus

HELMUT BOCK

Nobels Friedenspreis für Bertha von Suttner
Das Aktuelle in der Geschichte

1073

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

GUIDO BRENDGENS

Vom Verlust des öffentlichen Raums
Simulierte Öffentlichkeit in Zeiten des Neoliberalismus

1088

HEINZ-JÜRGEN VOSS

Queer politics zwischen kritischer Theorie
und praktischer (Un)Möglichkeit

1108

HELMUT BOCK

Nobels Friedenspreis für Bertha von Suttner

Das Aktuelle in der Geschichte

Im Herbst 1875 reiste eine junge Frau von Wien nach Paris, um sich als »sprachkundige Sekretärin« zu verdingen. Sie folgte der Zeitungsannonce eines »älteren Herrn«, der ihr nach wenigen Tagen anvertraute, eine ungeheure Absicht zu hegen: »Ich möchte einen Stoff, eine Maschine schaffen können, von so fürchterlicher, massenhaft verheerender Wirkung, dass dadurch Kriege überhaupt unmöglich würden!«¹

Schrecklicher war die Idee des Weltfriedens zuvor nie gedacht worden. Hier keimte das Projekt, den Krieg durch die ihm eigene zerstörerische Logik, die bewusste Überspannung seiner Vernichtungsgewalt, ad absurdum zu führen. Es war ein Plan, der sowohl von einem hochsinnigen »Doktor Faust« als auch von einem zynischen »Mephistopheles« verfolgt sein konnte. »[...] An dem Tag, da zwei Armeekorps sich gegenseitig in einer Sekunde werden vernichten können, werden wohl alle zivilisierten Nationen zurückschauern und ihre Truppen verabschieden.«²

Dieser Welt-Friedens-Täter, der den schlechthin verheerenden Bannstrahl erzeugen wollte, um die Staaten zum Frieden zu zwingen, war Alfred Nobel, der Erfinder des Dynamits. Die junge Frau: Gräfin Kinsky, alias Bertha von Suttner.

I

Wer solche Ideen erinnert, muss nach dem politischen Hintergrund, der Konfliktlage Europas in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fragen. Die Entstehung und die Entwicklung bürgerlicher Nationalstaaten gearbete Rivalitäten, die sich in militärischen Auseinandersetzungen entluden. Seit dem Anfang des Krimkriegs, der Russland (das letzte Bollwerk des Feudalsystems) aus der Arena der führenden Großmächte warf, wurde die europäische Staatenwelt bereits fünfmal durch Regionalkriege mit schweren Blutopfern erschüttert: 1853/56, 1859, 1864, 1866, 1870/71. Der deutsch-französische Krieg, bei dem auf beiden Frontseiten mit Dynamit gekämpft wurde, brachte sogar eine besondere Zäsur der staatenpolitischen Verwicklungen hervor: Denn Bismarcks provokatorische Reichsgründung im Spiegelsaal zu Versailles und der darauf folgende Raubfrieden (1871) überspitzten den deutschen Triumph gegen die französische Nation. Die Annexion Elsass-Lothringens und die Kriegskontribution von fünf Milliarden verursachten den Antagonismus zwischen Frankreich und Deutschland: ein Menetekel des Kriegs aller bisherigen Kriege – eines europäischen Gesamtkonflikts, der (wie wir Heutigen wissen) am Ende zum Weltkrieg entartete.

Helmut Bock – Jg. 1928; Prof. em. Dr. phil. habil., Historiker, Mitglied der Leibniz-Sozietät. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Vom Elend historischer Selbstkritik, Heft 180 (Oktober 2005).

Nebenstehender Text war in gekürzter Form ein Vortrag auf der Internationalen Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum 100. Jahrestag der Verleihung des Nobel-Friedenspreises an Bertha von Suttner, Prag, 9. September 2005. Zusammen mit Sigrid Bock hat der Verf. das historisch wichtigste Werk Suttners ediert: *Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte*, Berlin: Verlag der Nation 1990 (im Folgenden zitiert als Berliner Ausgabe, darin *zus. m. Sigrid Bock: Bertha von Suttner – Arbeiten für den Frieden*, S. 405-458). Weitere Publikationen des Autors zu Suttner: Pazifisti-

sche und marxistische Frühwarnungen vor dem ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1/1989, S. 35-49; Weltkrieg in Sicht. Pazifismus und Marxismus, in: Die fatale Alternative. Von Krieg und Frieden (Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus, Heft 12, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.), Leipzig 2002, S. 38-55.

1 Bertha von Suttner: Lebenserinnerungen, hrsg. v. Fritz Böttger, 4. Aufl., Berlin/DDR 1972, S. 165; vgl. Dieselbe: Memoiren, hrsg. v. Lieselotte von Reinken (mit Geleitwort v. Ava Helen Pauling u. Linus Pauling), Bremen 1965, S. 92.

2 Lebenserinnerungen (Ausgabe Böttger), S. 302; Memoiren (Ausg. Reinken), S. 233.

Mit wachsender Sorge beobachteten Zeitgenossen, wie infolge des Siegeszuges der industriellen Revolution auch eine verhängnisvolle, noch heute andauernde Entwicklung begonnen hatte: die permanente Revolution der Waffentechnik und das darauf sich gründende Wettrüsten aller Großmächte. Der Rüstungswettkampf trieb riesige Armeen hervor, bestückt mit präzise funktionierenden Infanteriewaffen und weitreichender Artillerie, Magazingewehren und Sprenggranaten, Festungssystemen und Panzerschiffen. Und schon wurde die Konkurrenz verschärft von Erfindern, Industriellen, Militärtechnikern, die mit Torpedos gerüstete Unterwasserboote und Bomben werfende Flugmaschinen projektierten. Viele Jahrzehnte nach den Napoleonischen Kriegen war die fatale Alternativfrage »Krieg oder Frieden?« zum dauernden Alpdruck all derer geworden, die eine Menschenwelt der Gerechtigkeit, der Solidarität, des Völkerfriedens wünschten.

II

1889, etliche Jahre nach Suttners Begegnung mit Nobel in Paris, wurde ebendort der 100. Jahrestag der Großen Revolution der Franzosen begangen. Die bürgerliche Klasse, die seit Beginn ihrer Herrschaft viele Volksproteste und Arbeiterunruhen niedergeschlagen, die wiederholt Staaten und Völker mit Krieg überzogen hatte, trumpschte diesmal als Gastgeber auf. Sie lud zur größten Industrie- und Weltausstellung. Auf eben dem Marsfeld, wo die republikanischen Bittsteller von 1791 zusammengeschossen, wo die Blusenmänner des Juniaufstands von 1848 exekutiert und verscharrt worden waren, demonstrierte die Bourgeoisie der Dritten Republik ihre Macht nunmehr auf andere Weise: Dort ragte ein dreihundert Meter hoher, auf vier eisernen Stelzen balancierender Riese, den Ingenieur Alexandre Eiffel und seine proletarischen Helfer errichtet hatten. Selbst nach Jahrzehnten noch höchstes Bauwerk der Erde, war der gigantische Eiffelturm ein »Arc de Triomphe« des Eisenbau- und Maschinenzeitalters.

Tief unten, in seinem Schatten, nutzten die Vertreter auch anderer Länder das französische Centenarium. Sie hatten neueste Erfindungen und Fabrikate an das linke Ufer der Seine gebracht, um in glänzenden Exponaten ihre Modernität und Konkurrenzfähigkeit zur Schau zu stellen. Dies alles bezeugte die stürmische Entwicklung von industrieller Baukunst und Fabrikproduktion, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Wissenschaften und Technologie. Aber die Atmosphäre war trügerisch. Hinter den Festreden, Preisverleihungen und Champagnergüssen der betuchten Männer des Kapitals lauerten die feindlichen Konkurrenzen, die alten und immer noch aktuellen Konflikte. In die vordergründige Hochstimmung mischten sich unliebsame Warnungen. Der Eiffelturm zu Paris könnte ein zweiter Turmbau zu Babel sein.

Derart sensibilisierte Kritiker, zumal Rüstungs- und Kriegsgegner, wirkten merklich aktiv am Rande der Festivitäten. Humane Querdenker des Bürgertums, Liberale des Adels, vor allem Intellektuelle versammelten sich zum ersten Weltfriedenskongress, um die frühpazifistischen Rinnsale Europas und Nordamerikas in einem breiten Strombett zu vereinigen. Drei Wochen vor dem Gründungskongress der zweiten Arbeiter-Internationale konstituierte sich somit die mo-

derne bürgerliche Friedensbewegung.³ Ihre hauptsächliche Forderung hieß: Vermeidung von Kriegen durch interstaatliche Schiedsverträge, so dass Konflikte zwischen den Staaten durch völkerrechtliche Schlichtung und mit Hilfe unabhängiger Gerichtshöfe befriedet würden. Logische Folge sollte ein Einhalt der Rüstungen, wenn nicht sogar Abrüstung sein. Für die Propagierung der Zentralidee wurden organisatorische Maßnahmen beschlossen: Gründung nationaler Friedensgesellschaften, Aufbau eines internationalen Koordinierungsbüros, Veranstaltung periodischer Kongresse und Verbreitung wirksamer Friedensschriften.

Es waren die menschen- und völkerrechtlichen Ideale des Jahres 1789, die von den Friedensfreunden zum Maßstab internationaler Politik erhoben wurden: »Die Brüderlichkeit zwischen den Menschen bedingt die Brüderlichkeit zwischen den Völkern.« Gemäß dieser ethischen Prämisse erstrebte der Pazifismus eine den Frieden sichernde Rechtsordnung aller Staaten und Völker.

III

In die Geburtsstunde der modernen Friedensbewegung, die wirksamer Mittel bedurfte, um den Un-Geist des Militarismus und der Kriegsbereitschaft zu bekämpfen, trat unverhofft eine Unbekannte. Bertha von Suttner veröffentlichte genau im Jubiläumsjahr 1889 ein Buch, dessen Titel dem Pazifismus mit nur drei Worten den kürzesten und eindringlichsten Streitruuf verlieh: »Die Waffen nieder!«⁴

Man bedenke: Die Dinge dieses Jahrhunderts, ob gut oder schlecht, wurden von Männern gemacht. »Männer machen Geschichte!« Jetzt aber wagte eine Frau den geistigen Aufstand gegen die ureigene Sache der Männlichkeit, das militärische Staatsdenken rivalisierender Großmächte. Ihr galt der Krieg nicht als »wichtigster Faktor der Kulturentwicklung«, nicht als »Erwecker der schönsten menschlichen Tugenden«, nicht als »Vater aller Dinge«. Was die öffentlich herrschende Meinung als geheiligte Institution behandelte, was die Regierungen gegen pazifistische und weltbürgerliche »Vaterlandsverräter« unter Staatsschutz stellten, was die Kirchen mit Gebet und Glockenklang absegneten – eben das entlarvte diese Frau: als Völkermord, »von Staats wegen« erlaubtes und begangenes Verbrechen. Hier verblasste die Glorie der Heerführer und Schlachtengewinner, die rühmliche Erinnerung an Alexander, Cäsar und Napoleon, die Hochschätzung ihrer beflissenen Epigonen. Mit allen Mitteln der rationalen Argumentation und der emotionalen Aufwiegelung appellierte diese Frau an die Zeitgenossen, ihre Regierungen und Parlamente in die Pflicht zu nehmen: Abrüstung und Völkerfrieden zu verlangen.

Hier war Schreiben eine Tat. Was jedoch von den politischen Agitationen der Friedensgesellschaften verschieden war: Die Verfasserin hatte kein Pamphlet, auch kein Sachbuch, sondern einen Roman geschrieben: fiktive »Lebensgeschichte« ebenfalls einer Frau, die die meisten der genannten Militärkonflikte erfahren und erleiden musste – die vier Kriege von 1859, 1864, 1866 und 1870/71. Niemals zuvor war der Militarismus in Zentraleuropa mit den Mitteln literarischer Gestaltung so scharf angegriffen worden. Über alle Widerstände hinweg sollte dieser Roman zum Bestseller der Epoche, zum EPOCHENBUCH werden.

3 Alfred H. Fried: Handbuch der Friedensbewegung. Teil I: Grundlagen, Inhalt und Ziele der Friedensbewegung, 2. Aufl., Berlin – Leipzig 1911; Teil II: Geschichte, Umfang und Organisation der Friedensbewegung, 2. Aufl., Berlin – Leipzig 1913.

4 Suttner: Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte, E. Pierson's Verlag in Dresden u. Leipzig 1889.

IV

Bertha von Suttner huldigte dem Fortschrittsglauben der Aufklärung: die Menschheitsgeschichte – eine aufsteigende Kulturentwicklung, beruhend auf den Entdeckungen der Wissenschaften und deren Nutzenanwendung. Sie sah eine Ratio in der Geschichte: die Vernunft der Humanität, die sich durch Gedanke und Tat bedeutender Menschen gegen alle Hindernisse durchsetzen werde.

Jedoch dieser Fortschrittsglaube wurde verdüstert durch schlimme Erfahrungen und Einsichten. Sie erkannte, dass »alle Errungenschaften des neuen Geistes« von Barbaren der modernen Gesellschaft ausgenutzt, »alle Fortschritte der Technik sogleich für Mord- und Vertilgungszwecke« missbraucht wurden. Im Klima der Staatsrivalitäten, der Wehrhaftmachung und Verhetzung der Völker sah sie ein Militärwesen und eine Waffentechnik wuchern, die bereits alles Bisherige übertrafen – bald aber mit geradezu sinnwidriger Zerstörungskraft gegen die Menschheit entfesselt würden. Es waren nicht mehr nur regionale Kriege – es war ein Krieg des ganzen Kontinents, der am politischen Horizont heraufdrohte. Suttner beschrieb ihn in warnenden Visionen: »[...] Jedes Dorf eine Brandstätte, jede Stadt ein Trümmerhaufen, jedes Feld ein Leichenfeld und noch immer tobt der Kampf: unter den Meereswellen schießen die Torpedoboote, um mächtige Dampfer in den Grund zu ziehen, in die Wolken steigen bewaffnete und bemannte Luftschiffe einer zweiten äronautischen Truppe entgegen [...]«⁵ Dies werde der herandrohende »nächste«, der »große«, der »letzte Krieg des zivilisierten Europa« sein. Käme er aber etliche Jahre später, so werde der Missbrauch von Wissenschaft und Technik zu noch viel schlimmeren, nämlich totalen Vernichtungsmitteln führen: zu weittragenden Schnellfeuergeschützen mit »500 Schuss in der Minute«, zu elektrischen Mordmaschinen, die »mit *einem* Schläge ein ganzes Heer vertilgen«, zu »Sprengstoffpillen, die, aus Wolkenhöhen herunterregnend, in ein paar Minuten eine ganze Stadt zertrümmern«.⁶

Es war Nobels Primärwissen und unheilvolle Prognose, woraus diese Aufklärerin eine Folgerung zog, die uns noch heute bewegt. »Jener Punkt, wo alles, was ist, aufhören muss – der Punkt der Un-erträglichkeit – , von dem war die Waffenbelastung der Welt nicht mehr fern. Aller Reichtum, alle Volkskraft, alles *Leben* nur auf Ein Ziel – Vernichtung – hingelenkt: ein solches System muss endlich entweder die Menschheit oder sich selber vernichten.«⁷

Infolge dieser Erkenntnis schrieb Suttner »Die Waffen nieder!«, und die Wirksamkeit eben dieses Buches riss die Autorin auf Gedeih und Verderb in die Öffentlichkeit, in die Praxis der Friedensbewegung. Auf dem dritten Weltfriedenskongress in Rom (1891) sprach auf dem Kapitol, das traditionell nur Männern und den legendär altrömischen Gänsen vorbehalten war, eine Frau, die nach eigenen Worten »weiter keine Verdienste hatte, als ein aufrichtiges Buch geschrieben zu haben«⁸. Doch man wählte sie als Vizepräsidentin des Internationalen Friedensbüros, das in Bern die Aktivitäten vieler nationaler Organisationen abstimmte. Vom Sinn ihrer Arbeit hatte sie schon im »Epilog« ihres Romans geschrieben: Ein in Waffen starrer Frieden sei keine Wohltat – statt dessen sollte für Vereinigungen gewirkt werden, »deren Zweck es ist, [...] durch den gebie-

5 Jemand (d. i. Bertha von Suttner): Das Maschinenalter. Zukunftsvorlesungen über unsere Zeit, Zürich 1889, S. 277.

6 Ebenda, S. 275.

7 Ebenda, S. 274.

8 Suttner: Lebenserinnerungen, S. 255; Memoiren, S. 186.

terischen Druck des Volkswillens die Regierungen zu bewegen, ihre zukünftigen Streitigkeiten einem [...] internationalen Schiedsgericht zu übermitteln und so ein für allemal anstelle der rohen Gewalt *das Recht einzusetzen*«. ⁹

V

Suttners Friedensarbeit traf den Zentralnerv der rüstenden Staaten und ihrer Friedensideologien, besonders in Deutschland und Österreich. »Friedensbertha!« spotteten und kritisierten Politiker, Militärs, sogar Literaten. »[...] Jener Dame Ausführungen schädigen die Volksseele, denn sie untergraben das Pflichtbewusstsein, die Vaterlandsliebe und die heldenhafte Gesinnung.«¹⁰ Unter den Zurufen aber, die der Friedensstreiterin dankten und sie ermutigten: Alfred Nobel. In jeder Sprache der Welt müsse ihr Buch »Die Waffen nieder!« gelesen werden. Er wünschte, dass »der Zauber ihres Stils und die Größe ihrer Ideen sehr viel weiter tragen werden als [...] all die Werkzeuge der Hölle«.¹¹

Das war nicht wenig gesagt von einem Genie, mit dem der Sündenfall moderner Naturwissenschaft und Technologie begonnen hatte. Denn es gab einen abgründigen Riss in Nobels Leben und Schaffen. Er hatte dem Ringen des Menschen mit der Natur nützlich sein wollen: Dynamit sollte die Produktion in den Bergwerken, die Arbeiten im Straßen-, Kanal- und Eisenbahnbau erleichtern. Aber mit seiner Erfindung und zudem mit seinen eigenen Fabriken in Schweden und Krümmel bei Hamburg (1865) hatte er eine Entwicklung losgetreten, die weltweite Sprengstoffindustrien wie einen gleißenden Kometenschweif nach sich zog. Die unter Nobels Namen patentierte Dynamitproduktion stieg von 424 Tonnen im Jahre 1870 auf 66 500 Tonnen im Jahre 1896.¹² In unheilvoller Geschwindigkeit verword sich die gute Absicht, den primitiven Arbeitsbedingungen des Menschen abzuhelfen, mit der Herstellung menschenvernichtender Waffen. Nobel hatte inzwischen sogar das Ballistit (1887), ein rauchschwaches Pulver, erfunden, das bei Artilleriegefechten nur schwierig zu rekognoszieren war. Ob er es wollte oder nicht – er hatte sich selbst hineinbegeben in die Barbarei der Kriegsmittel- und Waffenproduktion, der kalkulierten Kriegsgefahren.

So beschaffen war die Welt, in der Nobel sein Genie entfaltete, seine Sprengstofffabriken produzieren ließ, seine Riesengewinne kassierte – und dennoch nicht glücklich war. In Gewissensnöten und peinlichen Selbstbefragungen tastete er nach der massenvernichtenden Materie, der ungeheuren Mord- und Friedensmaschine, die den Kriegen ein Ende gebieten sollte. Immerhin begegnete ihm das Glück eines ebenfalls schöpferischen Alter ego: Das war die Frau, die ihm 1875, noch jung und wenig welterfahren, das genannte Geständnis entlockt hatte – 1889 aber als gereifte Schriftstellerin entgegenkam. Bertha von Suttner antwortete auf Nobels Idee, den Krieg durch todbringende Abschreckung zu bannen, mit einer ganz und gar friedvollen Alternativkonzeption: Statt Frieden durch Androhung einer absolut vernichtenden Superwaffe – Frieden durch Recht!

Einig blieben sich beide in dem Ziel, den Krieg unmöglich zu machen. Nobel zahlte bedeutende Geldsummen für die Friedensarbeit.

9 Dieselbe: Die Waffen nieder!, Berliner Ausgabe, S. 391 f.

10 Felix Dahn, Verfasser des Buches »Ein Kampf um Rom« (1876), in: Die Waffen nieder! Monatsschrift zur Förderung der Friedensidee, Jg. 1896, S. 429.

11 Alfred Nobel an Suttner, Paris, 1. April 1890, zit. n. Suttner: Lebenserinnerungen, S. 219.

12 Horst Kant: Dynamit und Friedenspreise. Ambivalenz des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, in: Krieg oder Frieden im Wandel der Geschichte. Von 1500 bis zur Gegenwart, hrsg. v. Helmut Bock u. Marianne Thoms, Berlin/DDR 1989, S. 216; Derselbe: Alfred Nobel, 2., erg. Aufl., Leipzig 1986, S. 41 ff.

13 Suttner: Lebenserinnerungen, S. 302; Memoiren, S. 233.

14 Dieselbe: Lebenserinnerungen, S. 303. »Dreibund« nannte man das damalige Staatenbündnis zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien, das seiner Tendenz zufolge gegen Frankreich gerichtet war.

15 Ebenda.

Obwohl er in Suttner die Frau verehrte, ihre leidenschaftlichen Aktivitäten guthieß, blieb er aber ein Zweifler – oder richtiger: ein engagierter Skeptiker. Er sah die Ideen des Schiedsgerichts und der Abrüstung »nur langsam vorankommen«: »Meine Fabriken werden vielleicht dem Krieg noch früher ein Ende bereiten als Ihre Kongresse [...].«¹³ Am 7. Januar 1893 lautete sein Neujahrsgruß aus Paris: »Liebe Freundin! Möge das neue Jahr für Sie und für den edlen Feldzug, den Sie so kraftvoll gegen die Unwissenheit und menschliche Verwilderung führen, günstig sein.« Dabei machte er den Vorschlag für ein kollektives Sicherheitssystem in Europa. Man müsste und könnte bald zu einem solchen Ergebnis kommen, »wenn alle Staaten sich verpflichten, sich geschlossen gegen den ersten Angreifer zu wenden«. »Dann werden die Kriege unmöglich werden. Und man erreichte, dass selbst der streitsüchtigste Staat sich an einen Schiedshof wenden oder sich ruhig verhalten muss. Wenn der Dreibund an Stelle von drei Staaten alle Staaten umfasste, wäre der Friede für Jahrhunderte gesichert.«¹⁴

Nobel hatte also der Abschreckung durch die Gewalt der Waffen nicht abgeschworen. Dennoch trug er sich jetzt mit dem Gedanken, einen Friedenspreis zu stiften. An die Erwägung, den Preis »alle fünf Jahre« und im ganzen nur etwa »sechsmal« zu verteilen, knüpfte er eine sehr zweifelnde Vorausschau in das 20. Jahrhundert: »[...] Wenn es in dreißig Jahren nicht gelungen ist, das gegenwärtige System zu reformieren, wird man notgedrungen in die Barbarei zurückfallen.«¹⁵

VI

Der organisierte Pazifismus und Suttner selbst wollten den Wandel des Staatensystems durch Reform, nicht Revolution erreichen. Es war eine zwangsläufige Logik, dass sie immerfort auf einsichtige Fürsten, Regierungen, Parlamentarier hofften, die mit Hilfe völkerrechtlicher Institutionen die Staatenbeziehungen befrieden sollten. Jedoch in Deutschland erzwang die herrschende Politik den stetig steigenden Militäretat, wodurch das weitere Wettrüsten provoziert wurde. Weil nun das halbfeudale Russland einer solchen Konkurrenz nicht gewachsen war, erließ der junge Zar Nikolaus II. ein »Friedensmanifest« (1898), das die Regierungen zu einer internationalen Konferenz rief.

Suttner hegte höchste Erwartungen, betrieb in Österreich und Deutschland eine Kampagne zugunsten der Zarenbotschaft und reiste selbst nach Den Haag, um die historische Wende zur Abrüstung nicht zu versäumen. Jedoch die wochenlangen Verhandlungen von 26 Regierungsvertretern (1899) scheiterten, insbesondere durch das destruktive Auftreten der deutschen Delegation, die jeden Rüstungsstopp ablehnte. Es gab nur Vereinbarungen über die Art und Weise, wie militärische Auseinandersetzungen zu führen seien – mit diplomatischer Heuchelei »Humanisierung des Krieges« genannt. »[...] Scheiße auf die ganzen Beschlüsse und verlasse mich lieber auf mein starkes Schwert!« lautet die Randglosse Kaiser Wilhelms II. in den Haager Papieren.¹⁶ Auch die Engländer erhöhten noch während der Haager Verhandlungen ihren Militäretat und begannen sodann den Krieg gegen die Buren in Südafrika.

Mit desillusionierten Erfahrungen kehrte Suttner heim. Nicht genug, dass abermals Häme und Spott aufkamen – auch gegen sie per-

16 Zit. n. Fritz Böttger: Einleitung, in: Lebenserinnerungen, S. 9.

sönlich, wie aus den zeitgenössischen Journalen zu entnehmen ist. Habsburgs aggressive Balkanexperten und die Großdeutschen nördlich der Alpen entblödeten sich nicht, in der streitbaren Humanistin die Frau herabzuwürdigen: weil sie sich als »Friedensvettel«, »Friedensfurie« – als Angehörige eines unbefugten Geschlechts – in die Politik einmische.

VII

Im neuen Jahrhundert bildeten Frankreich und Großbritannien die »Entente cordiale«: die Gegenmacht zu den Mittelmächten des »Dreibundes« (1904). Die feindlichen Fronten des kommenden großen Kriegs wurden konstituiert. In dieser Situation wachsender Spannungen – Nobel war seit 1896 tot – wurde Suttner von seinem Vermächtnis eingeholt. Das skandinavische Nobel-Komitee verlieh ihr im Herbst 1905 den Friedenspreis.

Vor dem Storting in Christiania (heute Oslo) vertrat die Preisträgerin in ihrem Vortrag am 18. April 1906 die inzwischen erweiterten Programmpunkte des zeitgenössischen Pazifismus. »1. Schiedsgerichtsverträge«. »2. Eine Friedensunion« möglichst aller Staaten, die jeden Angriff eines Staats gegen einen anderen mit gemeinsamer Kraft zurückweisen sollten (Nobels Idee). »3. Eine Internationale Institution« zur Wahrung des Rechts zwischen den Völkern. Die Quintessenz der Reformabsichten hieß kurz und knapp: »Abschaffung der Notwendigkeit, zum Kriege Zuflucht zu nehmen.«¹⁷

Jedoch der kritische Blick, mit dem die Preisträgerin ihre Ideale am realen Weltzustand messen musste, bilanzierte ganz anderes als Verständigung und Frieden: Da war die Menschenschlächtereie des russisch-japanischen Kriegs und in dessen Folge die Revolution von 1905, die das Zarenreich erschütterte. In den Staaten Mittel- und Westeuropas gewährte sie Säbelgerassel, Pressehetze und Rüstungen überall: »Festungen werden gebaut, Unterseeboote fabriziert, ganze Strecken unterminiert, kriegstüchtige Luftschiffe probiert, mit einem Eifer, als wäre das demnächstige Losschlagen die sicherste und wichtigste Angelegenheit der Staaten.« Auf der gesamten Erde wusste sie von Bränden, Raub, Bomben, Hinrichtungen, Massaker – »einer Orgie des Dämons Gewalt«. Ihr Urteil über die moderne Staatenwelt war vernichtend: »Auf Verleugnung der Friedensmöglichkeit, auf Geringschätzung des Lebens, auf den Zwang zum Töten ist bisher die ganze militärisch organisierte Gesellschaftsordnung aufgebaut!«

Diese düstere Umschau muss heute, da wir von der baldigen Explosion des politischen Weltkraters wissen, als Spiegelung am Vorabend der Katastrophe erscheinen. Es fehlt eigentlich nur der Kassandraauf, der den Untergang einiger dieser wettrüstenden, zum Krieg treibenden Staaten voraussagte. In Suttners Rede hingegen war der Gedankengang anders entwickelt. Sie sprach zuerst von den moralischen Pflichten einer gesitteten Menschheit, dann über deren Verletzungen durch eine kriegerische Staatenpolitik, schließlich aber – in einem gemischten Finale von etwas mehr Dur als Moll – über die noch immer bestehenden Chancen des Pazifismus: »die Ära des gesicherten Rechtsfriedens« herbeizuführen, »in der die Zivilisation zu ungeahnter Blüte sich entfalten« werde.

17 Suttner: Vortrag vor dem Nobel-Comitee des Storting zu Christiania am 18. April 1906, zit. n. Memoiren, S. 515 ff.

Dieses Reformstreben war perspektivisch auf einen Völkerbund oder sogar auf Vereinte Nationen gerichtet. Es wollte die Lebensinteressen der Menschheit erfüllen. Die Rednerin zählte unter den Persönlichkeiten, auf die der Pazifismus bauen könnte, nicht nur hohe Repräsentanten der bürgerlichen Demokratien Britanniens, Frankreichs und der USA, sondern auch Jean Jaurès, den Sozialistenführer und Friedenskämpfer in Paris. Sie tat dies in Anknüpfung an ihr berühmtes Buch, worin sie den tätigen, aber mitgliederschwachen Friedensgesellschaften des Bürgertums eine andere, weit größere Bewegung als möglichen Verbündeten bezeichnete: »die Partei, deren Anhänger schon nach Millionen zählen, die Partei der Arbeiter, des *Volkes*, auf deren Programm unter den wichtigsten Forderungen der ›Völkerfrieden‹ obenansteht.«¹⁸

18 Suttner: Die Waffen nieder!, 5., bearb. Aufl., Dresden – Leipzig 1892, S. 305. Suttners Textänderungen von 1889 bis 1892 sind nachgewiesen in: Berliner Ausgabe, S. 478 ff.

In den folgenden Jahren gewährte Suttner mehr und mehr die hohe Wahrscheinlichkeit des Kriegs. Viele Monate lang reiste die fast Siebzijährige durch Mitteleuropa und die USA, um die Gefahr bewusst zu machen und den Frieden zu propagieren. Weil sie in Österreich und Deutschland immer entschiedener auftrat, war die »Friedensbertha« nun auch als »Rote Bertha« verschrien und von Redeverbotten verfolgt. Als zutiefst ethischer Charakter gab sie ihr Letztes. Getreu dem Friedensstreiter Tilling, den sie in ihrem wichtigsten Buch hatte sagen lassen: »Die Hoffnung, dass ich in Person das Reifen der Zeit beschleunigen könne oder die ersehnten Früchte daran sprießen sehe – die muss ich vernünftigerweise wohl aufgeben ... Was ich beitragen kann, ist gar winzig. Aber von der Stunde an, wo ich dieses Winzige als meine Pflicht erkannte, ist es mir doch zum Größten geworden – also harre ich aus.«¹⁹

19 Ebenda, S. 350.

Da wir am Ende sind, stellt sich die Frage: Stirbt es sich leichter, wenn man die Früchte seiner Lebensarbeit verdorren sieht, aber immer noch Hoffnungen hegt? Suttners Tagebuchnotiz vom 12. Mai 1914 lautet: »[...] Gegen den Übermilitarismus, der jetzt die Atmosphäre erfüllt, ist nicht anzukämpfen. Die einzigen – weil sie auch eine Macht sind –, auf die man hoffen kann, dass sie den Massenkrieg abwenden, sind die Sozialdemokraten.«²⁰ Kaum mehr als ein Monat verging, bis diese Hoffnungsträger in Gestalt ihrer Reichstagsabgeordneten die Kriegskredite bewilligten und zum Komplizen aller Kriegstreiber wurden. Die lange befürchtete, lang auch bekämpfte Katastrophe begann: mit Maschinenwaffen und Kampfgas, Luftkampf und U-Boot-Krieg, nie gekannten Verheerungen unter Menschen und ihrer Kultur. Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts. Und auch die Frau, die unter den Friedensstreitern im besten Sinne die Grande Dame gewesen – war tot. Gestorben am 21. Juni 1914. Nur eine Woche vor den Todesschüssen von Sarajewo. Sie hinterließ eine Erbschaft, die in dem dauerhaft richtigen Streitruif besteht: »Die Waffen nieder!«

20 Aus dem Tagebuch Bertha von Suttners – Januar bis Juni 1914, in: Lebenserinnerungen, S. 553.

GUIDO BRENDGENS

Vom Verlust des öffentlichen Raums

Simulierte Öffentlichkeit
in Zeiten des Neoliberalismus

Guido Brendgens – Jg. 1973; M.A., Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Kunstgeschichte an den Universitäten Eichstätt, Heidelberg und Prag; 1999-2000 Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Bauhaus Dessau; Mitglied im Humanistischen Verband Deutschlands; seit 2004 Mitglied des Bezirksvorstands der PDS Berlin Drei (Pankow, Prenzlauer Berg, Weißensee), politischer Schwerpunkt Stadtentwicklung; seit 2003 Promotionsstipendiat der RLS, Dissertation im Fachbereich Architekturtheorie der TU Dresden zum Thema »Demokratisches Bauen – ein Begriff mit Bedeutungen. Eine interpretationszentrierte Analyse anhand ausgewählter Parlamentsbau-Projekte«; Veröffentlichungen zum Thema Architektur und Stadtentwicklung aus humanistischer Sicht.

Der öffentliche Raum, der uns alle betrifft, verändert sich schleichend von einem Ort der Allgemeinheit zu einem Verwertungsraum. Sind es bislang innerstädtische Grundstücke und Investorenprojekte gewesen, die im Interesse des Kapitals standen, so wird zunehmend die ganze Stadt zu einem Verwertungs- und Vermarktungsfeld. Wenige bekannte Beispiele verdeutlichen dies. Das neu entstandene Stadtzentrum Berlins, der Potsdamer Platz, ist ein privatwirtschaftlich betriebener Stadtraum, der den Namen der Investoren trägt: *Quartier Daimler Chrysler* und *Sony City*. Geprägt ist der neue Stadtmittelpunkt von Shopping und Entertainment – ein Verwertungsraum, der kaum Spielräume gesellschaftlichen Handelns wie politisches Demonstrieren zulässt. Ein anderes Beispiel zeigt den Wandel eines klassischen öffentlichen Raumes: der Bahnhof. Bahnchef Mehdorn überraschte die Öffentlichkeit mit der Forderung, die Bahnhofsmissionen, Anlaufstellen im öffentlichen Raum für Menschen in Not, mögen die Ausgabe von Mahlzeiten an Bedürftige einstellen.¹ Als soziale Randgruppen stigmatisierte Menschen sollen sich nicht länger von Bahnhöfen angezogen fühlen. In der Bahnstrategie ist vorgesehen, aus den öffentlich zugänglichen Bahnhöfen saubere Konsumtempel mit hohen Renditechancen zu machen. Denn die Städte befinden sich angeblich in einem sich verschärfenden, global ausgeprägten Städtewettbewerb, in dem weiche Standortfaktoren eine zunehmend wichtigere Rolle spielen. Regelmäßig werden uns hierzu in den Medien Städte-Rankings präsentiert.

In verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, besonders in der Stadtsoziologie, der Stadtplanung und der Architektur, wird der sich wandelnde öffentliche Raum unter den Vorzeichen von Globalisierung und Neoliberalismus thematisiert und nach möglichen Lösungen gesucht.² Wir stehen vor der Frage, wie sich der öffentliche Raum in Zeiten zunehmender Privatisierung städtischer Flächen verändert. Ich möchte über den öffentlichen Raum, über den einzigen realen Ort, an dem sich Öffentlichkeit konstituieren kann, in Zeiten von Nutzwertorientierung und Profitmaximierung grundsätzlich nachdenken. Was bislang noch nicht geleistet worden ist, ist eine Typologie für den öffentlichen Raum in Zeiten seiner tendenziellen Bedrohung. Es geht mir um eine Typologie des Raums, den wir als städtisch und öffentlich empfinden. Zu fragen ist, inwieweit ein Verlust des öffentlichen Raums gesellschaftliche und politische Auswirkungen haben könnte.

Unsere Alltagswelt ist geprägt von den privaten und den öffentlichen Räumen. Allein schon in unserer Sprache unterscheiden wir

zwischen den »eigenen vier Wänden« und der »Straße«. Im sozialen Abstieg droht die Gefahr, »auf der Straße« zu landen. Vor diesem Hintergrund nehmen wir die »eigenen vier Wände«, auch wenn sie nicht unser Eigentum sind, als eine Schutzzone, einen privaten Rückzugsraum wahr. Das Eigene, klar Abgegrenzte, der Garten mit seiner eindeutigen Umgrenzung, dem Gartenzaun, wird als vertraut und beschützend wahrgenommen. Wir können dieses Stück selbst gestalten, es liegt in unseren eigenen Händen. Der öffentliche Raum dagegen ist der Raum, für den es oft keine genauen Verantwortlichkeiten gibt, der uns aber alle angeht. Es ist der Ort, an dem allgemein gültige Regeln herrschen, an dem aber auch Regeln gebrochen werden.

Der öffentliche Raum zeichnet sich aus durch Zugänglichkeit. Der öffentliche Raum kann verstanden werden als ein allgemein zugänglicher Bereich, in dem Menschen ohne Beschränkungen ein und aus gehen. Die Menschen bewegen sich in diesem Bereich frei. Zufällig oder geplant begegnen wir uns hier. Der öffentliche Raum ist offen und wird begrenzt von dessen Gegensatz, dem nicht allgemein zugänglichen Bereich. Daher verlangt der öffentliche Raum, um als solcher wahrgenommen zu werden, auch ein Gegenstück, das Private. Wir sprechen von der privaten Sphäre und der öffentlichen Sphäre. Dort, wo nur Privaträume existieren und kein öffentlicher Raum besteht, macht das Private keinen Sinn, »da zur Privatheit die Öffentlichkeit gehört wie zum Tag die Nacht«.

Öffentliche Räume sind im soziologischen Sinn Orte, an denen soziales Handeln welcher Art auch immer stattfindet. Der städtische Raum ist erst ein öffentlicher, wenn sich in ihm die Gesellschaft selbst »in aller Öffentlichkeit« darstellt. Der Raum ist dann ein öffentlicher, wenn dieser als Repräsentationsraum der Gesellschaft angesehen werden kann.⁴ Der öffentliche Raum ist aber nicht nur der Ort, an dem sich die Gesellschaft zeigt, es ist auch der Raum, der von öffentlichem Interesse ist. Hingegen sollte der private Raum für die Öffentlichkeit tabu sein. Im Grundgesetz ist in Artikel 13 die Unverletzlichkeit der Wohnung zum Grundrecht erhoben worden. Dieses Abwehrrecht soll nicht nur die Staatsbürger gegenüber staatlichen Übergriffen schützen, sondern auch den Bürgern untereinander ihre eigene Privatsphäre garantieren.

Der öffentliche Raum ist eine res publica, eine im öffentlichen Interesse stehende Sache. Wie der öffentliche Raum beschaffen ist, welche Gestalt er besitzt oder durch bauliche Veränderungen annehmen kann, das interessiert die Allgemeinheit. An städtebaulichen Wettbewerben sollten die Bürgerinnen und Bürger mitsprechen dürfen. Ein bloß verwaltungstechnischer Akt, der etwa allein dem Bauherrn entgegenkäme, wäre ungenügend. Die Gestalt des öffentlichen Raumes ist kein Partikularinteresse.

Zudem kann im öffentlichen Raum ein gesellschaftliches Interesse publiziert werden, indem es durch Beachtung der anwesenden Gesellschaft oder der Medien publik wird. Ohne Anmeldung und Erlaubnis können sich Menschen versammeln, wobei der Staat für Versammlungen »unter freiem Himmel« das Versammlungsrecht beschränken kann.

Privater Raum schafft Intimität, öffentlicher Raum erzeugt Publizität. Im privaten und im öffentlichen Raum decken wir das wech-

guido.brendgens@gmx.de
guido.brendgens
@pds-berlin-drei.de

1 Freitag, Die Ost-West-Wochenzeitung, 26. April 2002.

2 Ulrich Berding, Klaus Selle, Oliver Kuklinski: Städte als Standortfaktor: Öffentlicher Raum, in: Werkstatt: Praxis, H. 2, 2003; Wolfgang Christ: Öffentlicher versus privater Raum. Überarbeitete Fassung des Vortrags beim Internationalen Symposium »Die europäische Stadt – ein auslaufendes Modell?« IRS am 16. und 17. März 2000 (Bauhaus-Universität Weimar, FB Architektur: www.uni-weimar.de/architektur/staedtebau1/forschung/aufsaeetze/public_private.htm); Hartmut Häußermann, Walter Siebel (Hrsg.): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Sonderheft 13/1993; Walter Siebel: Qualitätswandel des öffentlichen Raums, in: Wolkenkuckuckshaus. Zeitschrift für Theorie der Architektur, 9. Jg., H. 1, November 2004: www.tu-cottbus.de/BTU/Fak2/TheoArch/Wolke.htm; Silvia Stampfli-Marzoli: Städtische Bewegungen und der soziale Raum der Städte. Kollektive Aktionen zwischen exklusivem Selbstbezug und Solidarität. Zürich 2003 (Soziologisches Institut der Universität Zürich).

3 Lars Lerup: Das Unfertige bauen. Architektur und menschliches Handeln, Braunschweig 1986 (Bauwelt-Fundamente; 71), S. 115.

4 Marianne Rodenstein: Öffentlicher Raum und Gesellschaft, in: Der öffentliche Raum. Hrsg. vom Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt/Main 2000, S. 51-56.

5 Alexander Mitscherlich: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt am Main 1965, S. 136 f.

selbste Bedürfnis nach Alleinsein und Kontakt. Der private Rückzugsraum gibt uns die Möglichkeit zu fühlen, wie sehr der Mensch Individuum, Einzelner und in manchem Einsamer ist, und wie sehr er ebenso auf Gemeinschaft angewiesen ist und diese im öffentlichen Raum findet. Mitscherlich nennt die beiden Pole »Heimlichkeit und Gemeinsamkeit«⁵.

Eine mögliche Typologie des öffentlichen Raums

Wie kann man den öffentlichen Raum in Zeiten des Neoliberalismus charakterisieren und untergliedern? Ich schlage eine Typologie vor, die ich idealtypisch entwickle, aber aus Beispielen – die ich zur Veranschaulichung benenne – zu abstrahieren versuche.

Der öffentliche Aktionsraum: Hier treffen sich Menschen ohne äußere Einlassbeschränkungen. Sie können tun und lassen, was sie wollen. Hier finden Aktionen statt, es wird z. B. gegrillt, Musik gehört, es finden Feste auch mit politischem Charakter statt. Die Menschen eignen sich den Raum an. Dieser wird in verschiedener Form benutzt und gebraucht. Gruppen treffen aufeinander mit unterschiedlichen Nutzungsvorstellungen. Ein Verhaltenskodex existiert nicht. Durch das Fehlen von festgelegten Regeln können Konflikte zwischen den Nutzern des öffentlichen Raums entstehen, etwa bei zunehmendem Lärm oder sich anhäufendem Müll. Wahrgenommen wird der Raum als offener Raum, zu dem jeder Zugang hat und keiner per se ausgeschlossen wird. In der Stadt wird dieser öffentliche Raum durch die Aktionen wahrgenommen, die hier stattfinden. Er dient jedoch nicht als zentrales Forum, da sich hier nicht die Hauptverkehrswege der Stadt bündeln. Es ist eine *episodische Öffentlichkeit*, die sich hier versammelt, und es ist eine *periphere Öffentlichkeit*, die subkulturellen Lebensformen Raum bietet. Grundvoraussetzungen müssen gegeben sein: Der Raum sollte ansprechend wirken, damit die Menschen diesen freiwillig aufsuchen (Rasenfläche und Bänke zum Verweilen etc.). Der Raum gestaltet sich aber durch die Aktionen, die er aufnimmt. Die Gestalt des Raumes verändert sich episodenhaft.

Als Beispiel für den öffentlichen Aktionsraum fällt mir der Mauerpark im Prenzlauer Berg in Berlin ein, für den es in anderen Großstädten sicher Pendant gibt.

Der öffentliche Begegnungsraum: Dies sind Straßen und Plätze, auf denen sich Menschen eher zufällig begegnen oder sich an einem markanten Ort (einem markanten Zeichen wie einem Denkmal, einer Uhr, einem Brunnen) verabreden. Die Orte sind von städtischer Zentralität, hier bündeln sich die Verkehrswege der Stadt. Durch die hohe Frequentierung eignet sich der Raum für den Kommerz, aber auch als zentrales Forum zum Publizieren von Meinungen, für Demonstrationen und dergleichen. Hier erhält man Beachtung und Aufmerksamkeit, es herrscht eine *zentrale Öffentlichkeit* mit hoher Frequentierung, aber auch großer Anonymität und schneller Fluktuation.

Als Beispiel für den öffentlichen Begegnungsraum kann man den zentralen Platz einer jeden größeren Stadt nehmen, um in Berlin zu bleiben, den Alexanderplatz oder den Breitscheidplatz.

Der kontrollierte öffentliche Raum: In zunehmendem Maße sind öffentliche Plätze reglementierte Orte, wenn nämlich die traditio-

nelle soziale Kontrolle, durch Nachbarn oder Passanten, ersetzt wird durch eine professionalisierte, institutionalisierte Kontrolle. Kontrollen finden nicht mehr temporär, sondern permanent statt. Kontrolliert werden die öffentlichen Begegnungsräume durch den Einsatz von Überwachungskameras, deren Aufzeichnung und strafrechtliche Verwertung sowie durch die Möglichkeit, polizeiliche Platzverweise auszusprechen. Durch die Ankündigung der Kontrolle auf Schildern muss Wahrnehmungstäuschungen, es würde sich um einen unkontrollierten öffentlichen Raum handeln, begegnet werden. Der kontrollierte öffentliche Raum erfordert Übersichtlichkeit und das Fehlen von Nischen. Die Kontrolle mag zwar durch Gesetze legal sein, findet jedoch keine hinreichende Legitimität, wenn Einzelne oder Gruppen der Gesellschaft nicht durch derartige Maßnahmen kontrolliert werden möchten. Ohne Einverständnis kann man sich dennoch der Kontrolle im öffentlichen Raum nicht entziehen, da alle auf den öffentlichen Raum angewiesen sind. In London werden die Passanten spätestens alle drei Minuten von Überwachungskameras erfasst – ein geschlossener Überwachungskreislauf (*closed circuit television*), der in Großbritannien längst ein Qualitätsmerkmal der Stadtvermarktung ist.

Als Beispiel für den kontrollierten öffentlichen Raum fällt mir in Deutschland der Bahnhofsvorplatz in Leipzig ein, für viele zentrale städtische Plätze gibt es derartige Planungen.

Der öffentliche geschlossene Raum: Der öffentliche Raum befindet sich in einem geschlossenen Gebäude, das allgemein und für jeden zugänglich ist. Eine Einlasskontrolle findet im Allgemeinen nicht statt oder sie ermöglicht dennoch den allgemeinen Zutritt. Es gelten lediglich gewisse allgemeingültige Regeln, etwa das Anschließen von Mänteln und Taschen oder ein Zutrittsverbot in ange-trunkenem Zustand. Es gilt also ein meist sozial anerkannter Verhaltenskodex, der aber durch Hausordnungen auch strenger als die üblichen Verhaltensregeln ausgelegt werden kann und den man dann bereits als Einschränkung empfindet. Durch aufwändige Sicherheitsmaßnahmen und Kontrollen im Namen der Terrorismusbekämpfung wird es zunehmend schwieriger, spontan und ohne Identitätsausweisung als Person unerfasst einen öffentlichen geschlossenen Raum zu betreten.

Beispiele für den öffentlichen geschlossenen Raum sind klassische öffentliche Gebäude wie Behörden, Gerichte, Parlamentsgebäude, Bibliotheken, Museen.

Der schein-öffentliche Raum in Privatbesitz: In vielen öffentlichen Gebäuden wird das Hausrecht durch Hausordnungen und Verhaltensanweisungen zunehmend strenger ausgelegt. Zunehmend werden *offene* öffentliche Räume (Einkaufsstraßen) abgelöst von *geschlossenen* öffentlichen Räumen (Einkaufszentrum). In diesen abgeschlossenen oder begrenzten Räumen findet eine Reglementierung statt. Der als öffentlich wahrgenommene Raum ist in Wirklichkeit ein privater Raum, der geöffnet wird, um – als öffentlicher Raum simuliert – ein Kommen und Gehen zu ermöglichen. Dieses Kommen und Gehen wird vom Hausherrn kontrolliert, um nur bestimmten Personen den Zugang zu gewähren oder im Falle eines Regelverstoßes einen Verweis auszusprechen. Gleichzeitig aber muss eine

Aufenthaltsatmosphäre geschaffen sein, die den Zielen des Besitzers entgegenkommt: Es sollte durch Musik u.ä. eine angenehme entspannte oder anregende Atmosphäre geschaffen werden, um zu konsumieren. Das angenehme Verweilen ist daher nur in kommerziellen Zonen erwünscht. Alles ist *a priori* geplant und wird gelenkt. Eine Aneignung oder Umnutzung durch die Passanten kann und darf nicht stattfinden. In Shopping-Centern gibt es nur wenige, meist nicht ausreichende Bänke, auf Stufen darf man sich nicht setzen. Zum Verweilen ist das in allen Centern obligatorische Eiscafé vorgesehen. *Jedes Ding hat seinen Platz.*

Der als öffentlich wahrgenommene Raum wird aus profitgeleiteten Interessen unter Berufung auf die privaten Eigentumsverhältnisse reglementiert. Eine Ausdehnung des privaten, aber als öffentlich wahrgenommenen Raums ist für zahlreiche nur *anscheinend* öffentliche Gebäude zu beobachten. So wird in Bahnhöfen und öffentlichen Verkehrsanlagen der Aufenthalt und das Verhalten zunehmend im Interesse des Eigentümers reguliert.

Die Publizität ist bereits stark eingeschränkt, denn hier zeigt sich nicht mehr in aller Öffentlichkeit die Gesellschaft selbst. Der scheinbar öffentliche Raum ist nicht mehr Repräsentationsraum in dem Sinne, dass sich hier die Vielfalt der Gesellschaft darstellt, wohl aber in einem anderen Sinn. Der anscheinend öffentliche Raum spiegelt die Befindlichkeit der Gesellschaft in einzigartiger Weise wider.⁶ Der Zustand des öffentlichen Raums ist von dem Wunsch nach Ausgrenzung und Kontrollierbarkeit, letztlich Beherrschbarkeit geprägt.

Beispiele für pseudo-öffentliche Räume in Privatbesitz sind die Einkaufszentren, zunehmend auch Bahnhöfe und andere bislang als »öffentlich« gekannte Orte.

Die schein-öffentlichen Räume verdienen eine eingehendere Betrachtung.⁷ Der in der Baugeschichte erste Typus eines schein-öffentlichen Raums ist die Passage, eine Art Ur-Shopping-Mall. Sie besitzt Analogien zur Kirchenarchitektur, hat etwas Sakrales, ist ein Tempel des Warenkapitalismus. Die glasbedeckten Gänge durch die Häuserschluchten sind nicht mehr Straße, sondern ein vom Verkehr abgeschnittener Bereich für eine bestimmte Zweckerfüllung.

Die Shopping Mall als nächste Entwicklungsstufe, die in den 1950er Jahren in den USA aufkam, schafft ein Mikro-Universum, das sich introvertiert von der multifunktionalen und sozial vielschichtigen widersprüchlichen Stadtumgebung abgrenzt. Sie ist aber nicht nur mono-funktional, sondern sie befriedigt Bedürfnisse. Als Ausgleich zu den Routinen des Alltags ist die Shopping Mall ein Ort des Zeitvertreibs (*passing time*), der Soziabilität (*meeting friends*) und der berechenbaren Kontinuität (*nothing unusual happens*).⁸

Ausgeschlossen sind »Störfaktoren« wie Autos, die vom Einkaufsbereich durch Parkdecks und Aufzüge getrennt sind, unerwünschte soziale Gruppen, Tiere, das Wetter und anderes mehr. Die Shopping Mall garantiert die Werte »Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit«⁹.

Eine weiterentwickelte Stufe der Shopping Mall ist das Urban Entertainment Center. Hier werden Unterhaltungszonen choreografiert als Plätze, Promenaden und Märkte. Diese sind aber nur noch Zeichen und ästhetische Verweise. Im so genannten Shopper-

6 Marianne Rodenstein: Öffentlicher Raum und Gesellschaft, a. a. O., S. 51-56.

7 Vgl. im Folgenden: Anette Baldauf: Consumed, in: Dörte Kuhlmann, Sonja Hnilica, Kari Jormakka (Hrsg.): Building Power. Architektur, Macht, Geschlecht, Wien 2003, S. 20-43.

8 Jerry Jacobs: The Mall. An Attempted Escape from Everyday Life, Illinois 1984.

9 Richard Longstreth: City Center to Regional Mall. Architecture, the Automobile, and Retailing in Los Angeles, 1920-1950, Cambridge 1997, p. 308.

Edutainment wird eine Mischung aus Shopping, Museum und Multimediashow inszeniert. Prototyp ist der Flagship Store Niketown, der 1996 in New York eröffnet wurde. Die Ware Turnschuh wird als Kunstwerk ästhetisiert und in ein Lifestyle-Paket geschnürt. Das urbane Erlebnis wird eingebettet in eine *Brand*-Politik, die Politik einer Warenmarke.

Sarkastisch hat der niederländische Architekt Rem Koolhaas angemerkt, »Shopping dürfte wohl die letzte noch übriggebliebene Form öffentlicher Aktivität sein.«¹⁰ Mit der Verräumlichung von Warenmarken – so Michael Sorkin – degradiere Architektur zur *brand aid*, zum fleißigen Gehilfen extremkapitalistischer Interessen. »Die Fürsprache für *branding* ist ein Ausverkauf in der Architektur, ihre Bedeutung wird auf simple Werbung reduziert, ohne Bewusstsein für die größeren sozialen Implikationen architektonischer Praxis.«¹¹ Aber es verkaufen sich nicht nur Architekten als Huren, wie bereits der amerikanische Altmeister Philip Johnson für seinen Berufsstand mit Ironie feststellte. Auch verwischen die Grenzen der Räume – die Grenzen dessen, was privat, noch privat, öffentlich, schon wieder privat, nicht mehr öffentlich ist.

Szenario vom verlorenen öffentlichen Raum

Wenn die Trennung von privatem und öffentlichem Raum nicht mehr deutlich ist, verlieren wir das Bewusstsein für das Private und das Öffentliche. Im öffentlichen Raum der Warenwelt wird der Mensch manipuliert zu einem bestimmten Verhalten. Werden immer mehr Straßen Privatstraßen, so ist es bald nicht mehr möglich, sich frei und selbstbestimmt zu bewegen und politisches Bewusstsein zu publizieren. Als stigmatisierte »soziale Randgruppe« ist es nicht mehr erlaubt zu verweilen und subversives Handeln wird von vornherein unterbunden. Die Aneignung und individuelle Nutzung von Raum wird stark eingeschränkt. Zugleich wird der tatsächlich öffentliche »Rest-Raum« zum abfallenden Produkt dessen, was nicht privatwirtschaftlich verwertbar ist. Was und wer uninteressant für den privaten Verwertungsraum ist, wird abgeschoben in den verbleibenden öffentlichen Raum, der nichts anderes als nur noch vernachlässigt wird. Der öffentliche Raum hat jede Berechtigung verloren, alles ist ein »gigantischer Privatraum« geworden. In ihm entsteht ein neuer öffentlicher Raum für eine *exklusive Öffentlichkeit*. Mit dem Verlust des öffentlichen Raums entsteht, obwohl die Grenzen verwischen, dennoch eine neue Zweiteilung in den vernachlässigten, »gefährlichen« öffentlichen Raum und den neu entstandenen schein-öffentlichen Privatraum für eine exklusive Öffentlichkeit. Die schein-öffentlichen Räume werden, anstatt sporadisch von der allgemeinen Öffentlichkeit sozial kontrolliert zu werden, nun professionalisiert und organisiert kontrolliert durch Sicherheitsdienste und elektronische Überwachung. Folglich entsteht ein »beherrscher« öffentlicher Raum, dessen Legitimität sich aus dem stillschweigenden Einverständnis seiner Nutzer speist.

Dass derartige Szenarien bereits Wirklichkeit geworden sind, dass vormals öffentliche Räume wie Straßen zu Verwertungsräumen werden, zeigt sich an der Privatisierung und Kontrolle von Wohnstraßen in so genannten *gated communities*. In Nordamerika und Südafrika

10 Rem Koolhaas, in: Chuihua Judy Chung; Jeffrey Inaba; Rem Koolhaas; Sze Tsung Leong (Ed.): *The Harvard Design School Guide to Shopping*, Köln 2002.

11 Michael Sorkin: »Brand Aid«, in: *Metropolis*, »Design Inc.«, Nr. 17, 2002/2003.

sind derartige geschlossene Wohnsiedlungen heute die verbreitetste Wohnform bei Neubauprojekten für die Ober- und Mittelschicht. Die Wohngebiete sind durch Zäune abgegrenzt. Der Zugang wird kontrolliert, die Nutzung reglementiert (»use is restricted«).

Den Forderungen der Politik nach stärkerer sozialer Integration anstelle von Segregation widerspricht die Nachfrage nach *gated communities* in weiten Ober- und Mittelschichtkreisen. Erzeugt wird die Nachfrage durch ein verbreitetes subjektives Sicherheitsbedürfnis zur Sicherung des Eigentums, das wunschgemäß bedient werden kann. Bereits die *New-Urbanism*-Bewegung, die von den USA ausgegangen ist und bei ihren Neubauprojekten ein aufgeräumtes Straßenbild der Vormoderne zum Vorbild hat, baut auf Sicherheits-»Innovationen«, die glauben machen sollen, es gäbe einen beherrschbaren öffentlichen Raum: Zu den »innovations in crime control« zählen: »community-based police patrols«, Null-Toleranz-Strategien gegenüber Verschmutzungen jeglicher Art und computer-gestützte Rundum-Kontrolle. Der Wahlspruch für den neuen öffentlichen Raum lautet: »Crime can be controlled«.¹²

Aus der neuen Zweiteilung in schein-öffentliche und öffentliche Rest-Räume ergeben sich in der Konsequenz neue Fragen, für die es heute noch keine Antworten gibt, die aber gestellt werden müssen: Was wird mit den sozial Ausgeschlossenen passieren, die sich keine *gated community* leisten können? Haben alle Menschen das Recht, in *gated communities* zu leben? Wo wäre dann noch der öffentliche Raum?¹³

Ein Öffentlichkeits-Postulat

Dies führt zu der Frage, wie viel öffentlichen Raum wir benötigen und wie dieser öffentliche Raum beschaffen sein sollte. Aus demokratiethoretischer Sicht könnte man den öffentlichen Raum als denjenigen Raum definieren, in dem die Gemeinschaft sich nicht nur in ihrer Gesamtheit darstellen kann, sondern auch als Ort, an dem kein Macht- und Herrschaftsanspruch außer dem von der Gemeinschaft legitimierten ausgeübt wird. Im demokratiethoretischen Ideal der partizipativen und deliberativen – teilnehmenden und beratenden – Demokratie kann neben dem virtuellen Raum der Medien auf den realen öffentlichen Raum nicht verzichtet werden. Indes kommt die liberal-repräsentative Demokratie mit einem Öffentlichkeits- und Transparenz-Mythos aus, weil sie faktisch den Bürger aus der Mündigkeit entlässt und die Entscheidungsmacht den Repräsentanten überlässt. Privilegierte Inputs wie den Lobbyismus lässt die liberal-repräsentative Demokratie auch räumlich zu, beispielsweise durch den Zugang zur Parlaments-Lobby. Entscheidender aber ist eine Verschiebung der Entscheidungszentren. Weg von den Parlamenten, die nicht mehr die tatsächlichen Entscheidungen fällen, finden Entscheidungsprozesse nicht mehr im öffentlichen Raum statt, sondern im *Arkanum* (wie der Weltwirtschaftsgipfel in Davos). Dies führt zur De-Platzierung der Macht. Entscheidungen, die längst feststehen, werden zwar in der Öffentlichkeit diskutiert, sind aber durch die faktische Machtverteilung außerhalb des Parlamentes und die so genannten »Sachzwänge« unumstößlich. Jürgen Habermas erkannte den Mangel an öffentlicher und offener Beratung bereits in einem

12 Jonathan Barnett: What's New About the New Urbanism?, in: Charter of the New Urbanism, ed. by the Congress for the New Urbanism, New York 2000, p. 7.

13 Vgl. hierzu Gated communities: Building social division or safer communities? Conference, University of Glasgow, 18 and 19 September 2003 (www.gla.ac.uk/departments/urbanstudies.html).

anderen Kontext. Das Parlament entwickle sich »zu einer Stätte, an der sich weisungsgebundene Parteibeauftragte treffen, um bereits getroffene Entscheidungen registrieren zu lassen.«¹⁴ Zudem kann auf nationaler und subnationaler Ebene nicht mehr entschieden werden. Die *supranationale* Ebene aber und vor allem das System der Weltwirtschaft sind nicht demokratisiert. Dies führt dazu, dass die repräsentative Demokratie in ihrer neoliberalen Ausprägung mindestens noch den Anschein von Öffentlichkeit benötigt. Daher erschafft die repräsentative Demokratie erfolgreich Trugbilder von Öffentlichkeit, von der Zugänglichkeit zu den Entscheidungszentren und von Transparenz. Dass selbst innerhalb des Parlaments ein Mangel an allgemeiner Öffentlichkeit durch Ausschluss herrscht, wird überspielt. Schafft doch die Bannmeile einen »befriedeten« politischen Raum, ziviler Ungehorsam auf Besuchertribünen wird schnell unterbunden und strafrechtlich verfolgt, Pseudo-Öffentlichkeit wird im Plenum abgehalten, während Ausschüsse in vielen Parlamenten nichtöffentlich tagen, obwohl dort noch eher mit offenem Ausgang diskutiert wird. Bereits Robert Dahl sah die Gefahr eines technokratischen Paternalismus, bei dem die politische Steuerung sich von der Öffentlichkeit abschottet, sich vom parlamentarischen Komplex abkoppelt und einschlägige Themen aus den öffentlichen Arenen auswandern.¹⁵

Eine deliberative Demokratie, wie sie Jürgen Habermas vor-schwebt, benötigt hingegen:

- die öffentliche Beratung;
- gleiche Chancen des Zugangs;
- die Ausweitung der Beratungen auf möglichst die ganze Gesellschaft;
- den Abbau kommunikativer (auch räumlicher) Privilegien;
- Räume für Demonstrations- und Versammlungsfreiheit;
- die Zufuhr von informellen öffentlichen Meinungen, die sich in Strukturen einer *nicht-vermachteten* politischen Öffentlichkeit bilden, in der peripheren Öffentlichkeit u. a. durch subkulturelle Lebensformen.

In seinem Demokratiepostulat spricht Habermas mit einer räumlichen Metapher, die aber durchaus real *räumlich* zu verstehen ist: »Jede Begegnung [...] bewegt sich in einem sprachlich konstituierten öffentlichen Raum. Er steht für potenzielle Gesprächspartner offen. [...] Es bieten sich die architektonischen Metaphern des umbauten Raumes an: wir sprechen von Foren, Bühnen, Arenen usw.«¹⁶ Danach meint Öffentlichkeit einen allgemein zugänglichen Kommunikationsraum, in dem neue Problemlagen sensibler wahrgenommen und Identitäten ungezwungener artikuliert werden. Öffentlichkeit ist ein »Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen«, das sich strukturell in eine Vielzahl unterschiedlicher Arenen gliedern lässt. Erst die Verknüpfung der Foren macht eine Vielzahl exklusiver Fach- und Teilöffentlichkeiten zur allgemeinen politischen Öffentlichkeit. Sie ist der Ort des kommunikativen Handelns gesellschaftlicher Akteure, die Habermas gemäß ihrer Zugehörigkeit zu Zentrum oder Peripherie des politischen Systems sortiert.¹⁷

Problembezogen müssen Informationen aus den einzelnen Teilöffentlichkeiten mit ihren anarchischen Strukturen, mit ungleich ver-

14 Jürgen Habermas: Kultur und Kritik. Frankfurt/Main 1973, S. 28.

15 Robert Dahl, zit. in: Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt/Main 1992, S. 389.

16 Ebenda, S. 437.

17 Ebenda, S. 435-438; Frank Marcinkowski: Politische Öffentlichkeit. Systemtheoretische Grundlagen und politikwissenschaftliche Konsequenzen, in: Kai-Uwe Hellmann, Rainer Schmalz-Bruns: Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie, Frankfurt/Main 2002, S. 85-108, S. 97.

18 Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung, a. a. O., S. 436 f.

19 Ebenda, S. 446 f.

teilter Macht in eine verfahrensregulierte Öffentlichkeit einfließen können. In Habermas' Modell ist die Zufuhr von informellen öffentlichen Meinungen, die sich idealerweise in Strukturen einer nicht-vermachteten politischen Öffentlichkeit bilden, essenziell.¹⁸ Demnach müssen beispielsweise Räume für Demonstrations- und Versammlungsfreiheit erkämpft werden.¹⁹ Nur so kann die soziale Peripherie neue Problemlagen in die Zentren der Politik, in die »verfahrensregulierte Öffentlichkeit« einbringen.

Fazit

Ein Verlust des öffentlichen Raums hat konkrete gesellschaftliche und politische Auswirkungen. Die Gesellschaft kann sich in ihrer Gesamtheit nur im öffentlichen Raum konstituieren. Hier findet das aktive soziale Handeln statt. Die oben entwickelte Typologie hat eine Abstufung vom aktiven zum passiven sozialen Handeln aufgezeigt. Im ersten Typus, dem öffentlichen Aktionsraum, richtet sich die Gemeinschaft selbst ein und handelt aktiv und kreativ. Im fünften Typus, dem schein-öffentlichen Privatraum, wird Öffentlichkeit nur noch simuliert, unsere Wahrnehmung wird streng genommen getäuscht. Hier hat jedes Ding bereits seinen Platz, der Raum folgt einem fremdbestimmten kapitalinteressengeleiteten Zweck. Soziales Handeln ist reduziert auf die passive Ersatzhandlung des Konsumierens.

Welche gesellschaftlichen und politischen Auswirkungen ruft der simulierte und privatwirtschaftlich verwertete öffentliche Raum hervor?

Erstens führt die Tendenz zur Ausgrenzung unerwünschter Gruppen aus der wahrgenommenen Öffentlichkeit. Als soziale Randgruppen werden diese Menschen stigmatisiert und diskriminiert. Sie werden in die »Rest-Räume« abgeschoben. Alternative Lebensmilieus werden aus den Zentren der Stadt verdrängt und räumlich marginalisiert.

Zweitens ziehen sich parallel zu diesem Prozess auch die Mittel- und Oberschichten ins Private zurück, in ihre bewachten »Reichen-Gettos«. Soziale Entmischung führt dazu, dass die Gesellschaft nur noch in Gesellschaftsfragmenten lebt und handelt und sich nicht mehr begegnet.

Drittens werden die Zentren der Stadt exklusiv und entpolitisiert. Die Stadt verliert an Möglichkeiten des Publizierens von gesellschaftlichem und politischem Bewusstsein. Die politischen Marktplätze, die *Agoren*, schrumpfen. Politische Entscheidungen finden exklusiv, ohne Einflussnahme nicht-vermachteter Gruppen und unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Habermas' Forderung nach einer deliberativen Demokratie ist zwar utopisch. Keine komplexe Gesellschaft wird je, selbst unter günstigen Bedingungen, dem Modell reiner kommunikativer Vergesellschaftung entsprechen können, räumt Habermas selbst ein.²⁰ Aber diese Utopie macht deutlich, dass eine nach Demokratisierung aller Lebensbereiche strebende Öffentlichkeit auf den öffentlichen Raum nicht verzichten kann. Im anzustrebenden Ziel, demokratische Verfahrensweisen bis weit in den zivilgesellschaftlichen Bereich auszudehnen, zeigt sich, dass ein Verlust des öffentlichen Raums nicht hingenommen werden kann.

20 Ebenda, S. 396.

Öffentlichkeit herzustellen heißt nicht nur, Räume öffentlich zugänglich zu machen und sich die Gesellschaft in aller Öffentlichkeit darstellen zu lassen. Es bedeutet auch nicht die Inklusion in eine Shopping-Welt nach dem Grundsatz, alle am Konsum teilhaben zu lassen. Dieser scheinbar letzten öffentlichen, fremdbestimmten Handlung stehen die tatsächlich gemeinschaftlichen Bedürfnisse gegenüber, bereits ausgegrenzte soziale Gruppen wieder in die Öffentlichkeit einzubeziehen, subkulturelle Identitäten im öffentlichen Raum zu leben und politisches Bewusstsein publik zu machen. Im Konkreten geben Aktionen wie die *InnenStadtAktion!*,²¹ die den öffentlichen Raum künstlerisch-politisch zurückerobern, Beispiel für selbstbestimmtes Handeln gegen den Verlust des öffentlichen Raums. Es muss die Möglichkeit erkämpft werden, von der eigenen Umwelt wieder Besitz ergreifen und Räume der Autonomie entwickeln zu können. In der Frage, wem die Stadt gehört, kann gegen die globalisierten Kapitalinteressen nur konfrontativ und offensiv agiert werden. Ziviler Ungehorsam, ideenreiche legale Störungen und künstlerische Aktionen sind angebrachte Mittel zur Rückgewinnung zivilgesellschaftlicher Aktionsräume.

Literatur

- Baldauf, Anette: Consumed, in: Kuhlmann, Dörte; Hnilica, Sonja; Jormakka, Kari (Hrsg.): Building Power. Architektur, Macht, Geschlecht, Wien 2003, S. 20-43.
- Barnett, Jonathan: What's New About the New Urbanism?, in: Charter of the New Urbanism, ed. by the Congress for the New Urbanism, New York 2000.
- Berding, Ulrich; Selle, Klaus; Kuklinski, Oliver: Städte als Standortfaktor: Öffentlicher Raum, in: Werkstatt: Praxis, H. 2, 2003.
- Christ, Wolfgang: Öffentlicher versus privater Raum. Überarbeitete Fassung des Vortrags beim Internationalen Symposium »Die europäische Stadt – ein auslaufendes Modell?« IRS am 16. und 17. März 2000 (Bauhaus-Universität Weimar, FB Architektur: www.uni-weimar.de/architektur/staedtebau/forschung/aufsaetze/public_private.htm).
- Grothe, Nicole: InnenStadtAktion! Neoliberale Stadtpolitik, politische Kunst und Möglichkeiten der Intervention im »öffentlichen« Raum, in: Hertzfeldt, Hella; Schäfer, Katrin (Hrsg.): Kultur, Macht, Politik. Perspektiven einer kritischen Wissenschaft. Zweites Doktorandenseminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Oktober 2003. Berlin 2004 (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 51).
- Habermas, Jürgen: Kultur und Kritik, Frankfurt/Main 1973.
- Ders.: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt/Main 1992.
- Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (Hrsg.): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte. Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Sonderheft 13/1993.
- Jacobs, Jerry: The Mall. An Attempted Escape from Everyday Life, Illinois 1984.
- Koolhaas, Rem, in: Chung, Chuihua Judy; Inaba, Jeffrey; Koolhaas, Rem; Leong, Sze Tsung (Ed.): The Harvard Design School Guide to Shopping, Köln 2002.
- Lerup, Lars: Das Unfertige bauen. Architektur und menschliches Handeln, Braunschweig 1986 (Bauwelt-Fundamente; 71).
- Longstreth, Richard: City Center to Regional Mall. Architecture, the Automobile, and Retailing in Los Angeles, 1920-1950, Cambridge 1997.
- Marcinkowski, Frank: Politische Öffentlichkeit. Systemtheoretische Grundlagen und politikwissenschaftliche Konsequenzen, in: Hellmann, Kai-Uwe; Schmalz-Bruns, Rainer: Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie, Frankfurt/Main 2002, S. 85-108.
- Mitscherlich, Alexander: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt am Main 1965.
- Rodenstein, Marianne: Öffentlicher Raum und Gesellschaft, in: Der öffentliche Raum. Hrsg. vom Magistrat der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt/Main 2000, S. 51-56.
- Siebel, Walter: Qualitätswandel des öffentlichen Raums, in: Wolkenkuckucksheim. Zeitschrift für Theorie der Architektur, 9. Jg., H.1, Nov.2004 (www.tu-cottbus.de/BTU/Fak2/TheoArch/Wolke.htm).
- Sorkin, Michael: »Brand Aid«, in: Metropolis, »Design Inc.«, Nr. 17, 2002/2003.
- Stampfli-Marzaroli, Silvia: Städtische Bewegungen und der soziale Raum der Städte. Kollektive Aktionen zwischen exklusivem Selbstbezug und Solidarität, Zürich 2003 (Soziologisches Institut der Universität Zürich).

21 Vgl. Nicole Grothe: InnenStadtAktion! Neoliberale Stadtpolitik, politische Kunst und Möglichkeiten der Intervention im »öffentlichen« Raum, in: Hella Hertzfeldt, Katrin Schäfer (Hrsg.): Kultur, Macht, Politik. Perspektiven einer kritischen Wissenschaft. Zweites Doktorandenseminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Oktober 2003, Berlin 2004 (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 51), S. 30-47.

HEINZ-JÜRGEN VOß

Queer politics zwischen kritischer Theorie und praktischer (Un)Möglichkeit

»Queer« ist im Rahmen der queer theory und der daraus resultierenden bzw. zu Grunde liegenden Praxis nicht gleichbedeutend mit lesbisch oder schwul, wie es in Wörterbüchern häufig zu finden ist. Aus dem Englischsprachigen kommend (übersetzt heißt es soviel wie »merkwürdig«, »komisch«, »sonderbar« und erhält im Sprachgebrauch eine mit »Arschficker« oder »Schlampe« vergleichbare Bedeutung), wurde der Begriff durch die Gruppe »Queer Nations« selbstbewusst aufgegriffen und erfuhr eine Umdeutung zu einer übergreifenden Bezeichnung, die Menschen aller Identitäten und Lebensweisen einschließt.

Queer Nations, Lesbian Nations, Bitch Nations

Ende der 1980er Jahre entwickelte sich »Queer Nations« in den USA als loser Zusammenschluss von Menschen, die aus der Gesellschaft ausgegrenzt und zu Außenseiterinnen gemacht wurden. Es entstand eine Sammelbewegung, die mit radikalen Aktionen und einer radikalen Sichtbarkeit den weißen mittelständischen heterosexuellen mainstream angriff und Kritik an der ebenfalls diskriminierenden lesbischen und schwulen community übte. Radikale Aktionen und Sichtbarkeit heißt das Eindringen in als vor Störungen sicher geglaubte weiß und heterosexuell normalisierte Räume, das Eindringen in die Konsumgesellschaft, das Eindringen und positive Besetzen des Mainstreams und das Aufgreifen patriotischer Aussagen und Symbole. Ein Haufen von 50 und mehr »Queers« ging schrill gekleidet und laut shoppen, ging gemeinsam in sonst weiß und heterosexuell dominierte Lokale, veranstaltete sit-ins, die-ins und kiss-ins. Es wurde ein schwarzer und ein mit queer-T-Shirt bekleideter Bart Simpson kreierte und die US-amerikanische Nationalflagge verfremdet mit rosa Dreiecken von nur mit der Fahne bekleideten Menschen durch die Straßen getragen. Ziel war, öffentliche Räume psychologisch unsicher (im Sinne der Mehrheitsmoral) zu machen und damit Normierungen aufzubrechen; öffentlicher Raum sollte mit Sexualität und politischer Identität besetzt werden.

Kritisch war der Umgang mit Nation und Patriotismus. Es gilt nicht als gesichert, dass »Queer Nations« einen ironischen Umgang durchgehalten hat oder auch positiv auf Nation und Patriotismus Bezug zunahm. Ebenfalls als problematisch erwies sich das Nutzen von Nacktheit als Mittel der Öffentlichkeit, da Nacktheit von Männern und Frauen in der Öffentlichkeit unterschiedlich wahrgenommen wurde (und wird). Frauen wurden und werden mit zunehmender

Heinz-Jürgen Voß –
Jg. 1979; Dipl.-Biologin
(Studium in Dresden und
Leipzig; Stipendiatin der
Rosa-Luxemburg-Stiftung),
Aufbaustudium in Philo-
sophie, Sozialpolitik und
Geschlechterforschung an
der Universität Göttingen,
promoviert an der Univer-
sität Bremen zu »Zwei-
geschlechtlichkeit in bio-
medizinischen Studien«;
seit 2001 in der AG queer
der PDS aktiv, organisiert
Veranstaltungen und Konfe-
renzen und bietet Referate
und Workshops zu queer
theory, queer politics,
»Diskriminierung und Ant-
idiskriminierungspolitik«
und »Normierungen, Zwei-
geschlechtlichkeit und
alternative Geschlechter-
konzepte in Biologie und
Medizin«.
E-Mail: loxxel@web.de

Nacktheit und erotischer Erscheinung rasch auf Körperlichkeiten reduziert und zu sexuellen Objekten gemacht. Als Resultat beider Problematiken entstanden Lesbian Nations und Bitch Nations, die als radikales Mittel politische Magazine herausgaben, in denen politische Veränderungen eingefordert wurden – und auch postpatriarchale und postnationale Fantasien zu Wort kamen. Queer theory knüpft an diese radikalen Fantasien an und entwickelt Ideen für gesellschaftliche Veränderungen.

Definition und Zuweisung als Mittel der Ausgrenzung und Unterdrückung

»Sowohl die explizite als auch die beiläufige Geschlechterforschung basieren auf dem Alltagswissen, da alle Forschung über Geschlechtsunterschiede die alltägliche Unterscheidung von zwei Geschlechtern schon voraussetzt. Um festzustellen, daß Männer diesen Testosteron-Wert und jene Chromosomenstruktur haben, und Frauen jene Werte und diese Chromosomen, müssen Männer und Frauen erst einmal unterschieden werden.«¹

Überall in unserer Gesellschaft sind Normen vorhanden. Wie von Hirschauer in dem vorangestellten Zitat zutreffend beschrieben, werden Menschen in Gruppen eingeteilt und werden diesen Menschen kollektive Merkmale zugewiesen. Mag es an einigen Stellen sinnvoll erscheinen, für sich selbst Einteilungen von Menschen anhand bestimmter charakterlicher (vielleicht auch körperlicher) Merkmale vorzunehmen, so führt dies in der gesellschaftlichen Praxis zu Ausschlüssen und Vorurteilen. An dem Beispiel der Geschlechter wird dies vielleicht deutlicher: Menschen werden von Geburt an in »Jungen« und »Mädchen« unterschieden. Dies geschieht anhand äußerlicher körperlicher Merkmale und führt zu bestimmten Anforderungen, die an das jeweilige »Geschlecht« gebunden werden. Jungen spielen mit Autos und tummeln sich auf dem Fußballplatz, Mädchen spielen mit Puppen und sind bei Handarbeiten besonders geschickt. Im Kindesalter beginnend, erstrecken sich diese Einteilungen in die Schule, wo Lehrpläne und Anforderungen »geschlechtsspezifisch« durch Ministerien und durch Lehrerinnen unterschiedlich gestaltet werden, und durchdringen alle gesellschaftlichen Bereiche. Berufe und Bezahlungen sind »geschlechtsspezifisch« noch immer höchst unterschiedlich, Kaufhäuser sind binär nach »Männern« und »Frauen« eingeteilt, Werbung zielt bewusst auf »Männer« und »Frauen« ab und spätestens vor der Toilette angekommen, muss mensch sich einem Geschlecht zuordnen. Dabei findet keine Berücksichtigung, dass es Menschen gibt, die sich nicht in dieses Schema einpassen wollen oder können – und dass diese pauschale Einteilung von Menschen sich an vielen Stellen als unzureichend oder sogar als falsch erweist. Durch die ständige Wiederholung dieser Einteilung und Übertragung auf immer neue gesellschaftliche Bereiche verfestigt sich diese Einteilung und pflanzt sich immer weiter als »die Wahrheit« fort, ohne je wieder hinterfragt zu werden. Das spricht das Zitat von Hirschauer an. Denken wir uns an dieser Stelle für einen Moment die Einteilung nach »dem Geschlecht« weg, so fallen uns an vielen Stellen die ganz individuellen Fähigkeiten und Merkmale von Menschen auf...

1 Stefan Hirschauer: Die soziale Fortpflanzung der Zweigeschlechtlichkeit. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1994, Heft 4, S. 686-692.

Queer theory dekonstruiert – offenbart, hinterfragt und zerstört zum Teil – Einteilungen und damit verbundene Benachteiligungen von Menschen. Einerseits beim bereits aufgezeigten Beispiel der gesellschaftlich definierten Zweigeschlechtlichkeit, darüber hinaus aber überall dort, wo es zu Gruppeneinteilungen kommt. Also bei der Einteilung in Homo- und Heterosexualität, in Schwarze und Weiße, Behinderte und Nichtbehinderte... Bei allen hier aufgeführten binären Paaren wird neben einer »Mehrheit« eine »Minderheit« erzeugt, die diskriminiert wird und staatlich verankert diskriminiert werden darf. Ausgeblendet wird die Verschiedenheit von Menschen innerhalb der Gruppen und dass es auch Überschneidungen zwischen den einzelnen Gruppen gibt (beispielsweise eine schwarze, heterosexuelle, behinderte Frau). Merkmale und Zugehörigkeiten, die ein Mensch für sich beschreibt, sind vielfältig und individuell.

Queer fasziniert mit der Magie der Offenheit, Unbestimmtheit und raschen Veränderung. Mit der Ablehnung von Hierarchien, Abhängigkeitsverhältnissen, Bevorteilungen und Benachteiligungen von Menschen stellt queer eine Theorie dar, die zu einer radikalen Gesellschaftskritik taugt. Gleichzeitig kritisiert queer theory kollektive Identitäten, wie sie sich aber auch in jeder linken Gruppe finden, in denen sich Menschen zusammenfinden, um für bestimmte Anliegen als Gruppe zu agieren.

Queer politics – individuell gemeinsam handeln?

Mit Politik assoziiert mensch in der Bundesrepublik Deutschland meist zuerst parlamentarische Arbeit. Die Übertragung von Bürgerinnenrechten auf bisher Diskriminierte könnte ein Ansatz von queer politics sein. In dem Buch »Queering Demokratie« wird für diese Übertragung von (Staats)bürgerinnenrechten (citizenship) ein Dreistufenmodell vorgeschlagen: 1. Entkriminalisierung (beispielsweise durch Abschaffung von Sodomiegesetzen; Abschaffung des §175 1969 in der DDR, 1994 in der BRD), 2. Antidiskriminierungsgesetze, um Benachteiligungen von Menschen abzubauen und 3. Gleichberechtigung aller Menschen ermöglichen. Mit der dritten Stufe soll eine Anerkennung von Menschen verschiedener Identitäten, Sexualitäten, Lebensweisen, Herkünfte, Hautfarben erreicht werden und vielleicht auch dazu beigetragen werden, diese Einteilungen abzuschaffen. Grundsätzlich können damit Rechte erstritten werden, die bei gut gemachten Gesetzen für von Diskriminierungen Betroffene auch einklagbar werden. Fraglich ist aber, ob damit der Vielfalt und Individualität von Menschen und Lebensweisen Rechnung getragen werden kann; Probleme:

Heteronormalisierung anderer Lebensweisen: Grundsätzliches Problem bei diesem dreistufigen Ansatz ist, dass ihm das derzeitige Gesetzssystem zu Grunde liegt. Die gleichen Gesetze haben bisher dazu beigetragen, Normierungen zu fördern und aufrechtzuerhalten. Auf dieser Basis führt die Forderung nach »gleichen Rechten« zur Übertragung dieser Rechte auf andere Lebensweisen. Der bisherigen Norm nicht entsprechende Lebensweisen werden damit an eine bisher existierende Normalität angepasst, anders gesagt »normalisiert«. Dies wird an einem Beispiel vielleicht deutlicher: Nehmen wir ein Gesetz an, das es allen Menschen unabhängig ihrer Herkunft, Se-

xualität und Lebensweise gestattet, eine Ehe einzugehen, so bedeutet dies eine Anerkennung, dass die Ehe als Instrument notwendig ist und dass sie zudem gut ist. Das Grundanliegen der Ehe, Zweigeschlechtlichkeit und Monogamie zu befördern, wird nicht angegriffen. Ignoriert werden die historische Herkunft und die Anmaßung von christlich-kirchlichen oder staatlichen Institutionen, die Lebensweise von Menschen festhalten und kartieren zu wollen.

Festschreiben von Differenzen: Die eingetragene Lebenspartnerschaft will auf dem Weg der Gleichstellung einen Schritt gehen. Lesben und Schwulen werden darin aber nicht die vollen Rechte wie heterosexuellen ehelichen Paargemeinschaften zugestanden. Gesetzlich festgeschrieben wird, dass Lesben und Schwule Menschen zweiter Klasse sind. Letztlich wird damit, erstmals seit der Abschaffung des §175, wieder »Gleichgeschlechtlichkeit« gesetzlich verankert. Aus der Erfahrung der Schwerfälligkeit von Gesetzen werden »Zweigeschlechtlichkeit«, »Hetero- und Homosexualität« für lange Zeit als notwendige Unterscheidungskriterien geschaffen und festgehalten (siehe auch den Abschnitt: Definition und Zuweisung als Mittel der Ausgrenzung und Unterdrückung). Gleiches gilt für das Transsexuellengesetz, das einerseits derzeit notwendig ist, um eine Geschlechtsangleichung gesetzlich abzusichern (gegebenenfalls Finanzierung, Personenstandsänderung ...), andererseits aber auch »Transsexuelle« in einer Zweigeschlechtlichkeit als Kategorie fest schreibt, »Transsexuelle« damit stigmatisiert und Zweigeschlechtlichkeit festigt.

Gesetze sind in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt: Rechte für Minderheiten nach heutigem Verständnis basieren überwiegend auf gesetzlichen Regelungen. Gesetze können einen Rahmen schaffen, der elementare Rechte von Menschen sichert und ein gesellschaftliches Zusammenleben ermöglicht. Wichtig ist bei gesetzlichen Rahmenbedingungen, dass auch eine gesellschaftliche Akzeptanz gegenüber diesen Regelungen besteht. Ohne breite Diskussion und ohne konkrete Aufklärungsprogramme und regionale Maßnahmen bleibt die Wirkung von Gesetzen beschränkt. Wie oben bereits ausgeführt, schaffen Gesetze auch neue Ausschlüsse, da sie »Minderheiten« definieren und für lange Zeit festschreiben. Vermeidet mensch eine solche positive oder negative Festschreibung von Subjekten, können Gesetze, verbunden mit einer intensiven gesellschaftlichen Aktivität, auch Intoleranz und gesellschaftliche Normierungen aufbrechen helfen.

Migrantinnen werden ausgeschlossen: Die derzeitige EU-europäische Politik zeigt einen massiven Ausschluss von Einwanderungen von Menschen aus nicht EU-europäischen Ländern. Migrantinnen sollen bereits vor den Grenzen der Europäischen Union abgefangen und in die Herkunftsländer zurückgeschickt werden. Unabhängig der Bedrohung von Leib und Leben werden bereits in die EU eingewanderte Menschen abgeschoben. Die Zuweisung von Bürgerinnenrechten ignoriert diese Problematik, da Bürgerinnenrechte nur Staatsbürgerinnen betreffen und beispielsweise Migrantinnen ausgeschlossen bleiben. Normierungen, diesmal vielleicht hin zu einer weißen »pluralistischen« Gesellschaft, werden geduldet und verfestigt. In den »Auffanglagern« vor der EU-Europäischen »Insel der

Glückseligen« (beispielsweise in Nordafrika) gelten nicht einmal die bereits sehr mäßigen Rechte, die Asylbewerberinnen und Flüchtlinge derzeit in Ländern der Europäischen Union besitzen, Restriktionen und Übergriffe werden weiter verstärkt.

Kein Platz für »Unschönheit«: Doch auch auf dieser gedachten »Insel der Glückseligen« werden neue Ausschlüsse produziert. Abgesehen von Restriktionen, die gegenüber Menschen nicht-weißer Hautfarbe oder sichtbar nicht-christlicher kultureller Herkunft zur Umsetzung restriktiver Abschiebepolitik geübt werden, zielt derzeitige Bürgerinnenrechtspolitik auf die Installation einer »schönen«, »sauberen« Umgebung und Gesellschaft. Die Auswirkungen lassen sich bereits jetzt in ehemals grünen Vorzeigestädten, wie Göttingen, Freiburg oder Oldenburg, erkennen. Obdachlose, Prostituierte, Stricherinnen, Fixerinnen und Freierinnen stören das Image einer neuen, toleranten Gesellschaft und werden an nicht-öffentliche Orte verbannt.

Gesamtgesellschaftlicher Abbau von Bürgerinnenrechten: Nicht zuletzt muss bei der Übertragung von Bürgerinnenrechten berücksichtigt werden, dass derzeit ein massiver Rückbau von Bürgerinnenrechten in der Bundesrepublik Deutschland stattfindet. Agenda 2010 und Hartz-Gesetze führen zum gesellschaftlichen Ausschluss finanziell Benachteiligter. Mit diesen »Reformen« geht eine Einschränkung der Berufsfreiheit, Chancengleichheit und der Möglichkeiten auf gesellschaftliche Teilhabe einher. Abhängigkeiten in »Bedarfsgemeinschaften« werden neu geschaffen und verstärkt. An anderer Stelle, und diesmal alle betreffend, werden im Namen der Terrorismusbekämpfung und der Bekämpfung des Rechtsextremismus Privatsphäre und elementare demokratische Rechte eingeschränkt. Videoüberwachung wird eingeführt, die nach dem Zweiten Weltkrieg installierte Trennung von Polizei und Bundesgrenzschutz wird aufgehoben, Rasterfahndung und das Abhören von Telefonaten (auch ohne richterliche Anordnung) werden ermöglicht... Letztlich werden insbesondere Menschen, die sich in irgendwelchen Merkmalen von der gesellschaftlichen Masse abheben, zuerst von Überwachungen und Verfolgungen betroffen.

Ein auf Bürgerinnenrechte ausgelegter Ansatz für queer politics muss all diese Punkte (und sicherlich einige mehr) berücksichtigen, um nicht eine entgegengesetzte Entwicklung zu erreichen. Letztlich muss ein so gesellschaftlich geschaffener Konsens immer wieder aufgelöst und neu gebildet werden, um Verfestigungen und neue Ausschlüsse von Menschen zu verhindern. Ob dies mit Gesetzen möglich ist und ob dies in Mehrheits-Minderheits-Systemen möglich ist, ist eine weitere Frage, deren abschließende Beurteilung mir nicht möglich ist.

Viva la alternativa

Alternativ zu diesem Ansatz der Übertragung von etablierten Rechten auf bisher diskriminierte Menschen stehen Konzepte, die zunächst derzeitige Regelungen, Gesetze und Normierungen hinterfragen und gegebenenfalls auflösen wollen. Ein alternatives Gesellschaftsmodell muss die Abwägung zwischen Individualität und der Selbstdefinition jeder Einzelnen gewährleisten und gleichzeitig das

Zusammenleben von vielen Menschen in begrenzten Räumen ermöglichen. Bisher greift eine gesellschaftliche Definitionsmacht sehr weit in individuelle Selbstbestimmungen ein. Ein Beispiel ist die Zuweisung von Geschlecht. Sobald ein Mensch auf die Straße tritt, wird er als »Mann« oder »Frau« wahrgenommen. Das Tragen »gegengeschlechtlicher« Kleidung oder die Unmöglichkeit, sich einem der beiden Geschlechter deutlich zuordnen zu können, führt zu besonderer Aufmerksamkeit und gegebenenfalls Diskriminierung des betroffenen Menschen durch die umgebenden Menschen. Aber »betroffen« ist eigentlich der falsche Ausdruck. Der Mensch wird betroffen gemacht. Wozu ist es denn überhaupt dienlich, dass einem Menschen direkt vor der Tür ein Geschlecht zugewiesen wird? Im Umgang mit den meisten Menschen spielt das Geschlecht keine Rolle. Höchstens bei Liebe und Sexualität wird gemeinhin eine wichtige Bedeutung von Geschlecht festgemacht. Aber auch da haben uns feministische und queere Wissenschaften besseres gelehrt. Sie haben die Kopplung von Geschlecht, Sexualität und Fortpflanzung als heteronormative Machtmechanismen demaskiert, mit denen Sexualität auf Reproduktion eingeschränkt wird.

Über die Diskreditierung des Geschlechts als Kategorie hinausgehend, lassen sich weitere derzeit als notwendig betrachtete Institutionen und Unterscheidungen in Frage stellen. Wozu ist es dienlich, Ehen durchzuführen (und vor allem zu fördern)? Warum wird zwischen homo- und heterosexuell unterschieden? (... oder wie Moby es ausdrückt: »Ich verliebe mich in einen Menschen, nicht in dessen Geschlecht.«) Warum wird in Arbeit und Freizeit unterschieden? Warum haben Menschen auf Grund ihrer Herkunft unterschiedliche Rechte? Diese Aufzählung lässt sich unendlich fortsetzen und verdeutlicht Kategorisierungen und Benachteiligungen, die abgeschafft gehören.

Geht das Abschaffen dieser Kategorien in der derzeitigen Gesellschaft? Aus meiner Sicht nicht. Möglichkeiten radikaler Demokratie und der Dezentralisierung von Entscheidungen können auf dieses Ziel zuführen, letztlich bestehen aber Interessen von Menschen, die Privilegien genießen und diese für sich erhalten wollen. Gemeint sind hier jetzt nicht die »bösen Reichen«, sondern auch Männer, Frauen, Heterosexuelle, Homosexuelle, Weiße, Noch-Erwerbsarbeitende, Fernseherbesitzerinnen ... Ein kleiner Vorteil gegenüber Anderen wird zur Steigerung des eigenen Selbstwertes und zur Abwertung anderer Menschen genutzt. Bezeichnend und hinlänglich bekannt sind die patriarchale Selbstüberhöhung des Mannes, die Abwertung Nicht-Erwerbsarbeitender als »Sozialschmarotzer« und die Diskriminierung von Dicken, Tunten, HIV-Infizierten und Migrantinnen in lesbischen und schwulen Zusammenhängen.

In einem langen Prozess muss die Notwendigkeit der Selbstidentifikation in Abgrenzung zu anderen einer Selbstbestimmung und Selbstbestimmungshoheit weichen, die jeder Mensch für sich selbst hat. Ein Anfang ist die Abschaffung von Kategorien und Normen, die andere über dich oder mich treffen dürfen. Ein weiterer Anfang besteht in der Entscheidungsfindung auf lokalen Ebenen, so dass alle sich an Entscheidungsfindungen beteiligen können. Durch Konsensentscheidungen bzw. das Aufteilen von Entscheidungen in kleine

Einzelfragen, bei denen es für den einzelnen Menschen nicht sonderlich störend ist, wenn er auch mal zur »unterlegenen Minderheit« gehört, kann ein starres Mehrheits-Minderheits-Modell aufgebrochen werden. Einmal getroffene Entscheidungen dürfen nicht für ewig ausgelegt sein, sondern müssen immer wieder aufgelöst und neu diskutiert werden. Damit kann ein gesellschaftlicher Minimalkonsens, der für ein Zusammenleben von Menschen notwendig ist, mit breiter Beteiligung geschaffen und immer wieder aufgelöst werden, so dass keine Verhärtungen und neuen Ausschlüsse entstehen.

Dieser Text soll keine Antworten geben, sondern Fragen aufwerfen, Alternativlosigkeiten in Frage stellen und Diskussionen befördern. Eröffnend möchte ich dazu nicht wie sonst üblich auf ein Sachbuch, sondern auf den Social-fiction-Roman »Planet der Habenichtse«² verweisen, ein Buch, in dem eine Möglichkeit und viele kritische Punkte einer alternativen Gesellschaft unterhaltsam und gut lesbar beschrieben werden. Und: vielleicht hat ja nun auch die eine oder andere ebenfalls Lust bekommen, hier eigene Gedanken zu queer, queer theory, queer politics und alternativen Gesellschaftsmodellen vorzustellen – und eine spannende Diskussion zu beginnen.

2 Ursula K. Le Guin:
Planet der Habenichtse,
München 1976.

Empfohlene Sachliteratur:

A. Jagose: Queer Theory – Eine Einführung. Berlin 2001.

Quaestio (Hrsg.): Queering Demokratie [sexuelle Politiken], Querverlag Berlin 2000.

»Queer Read This, I Hate Straights« veröffentlicht in dem Manifest der Gruppe »Queer Nation«, 1990; in leicht veränderter Fassung u. a. unter:

<http://www.jessanderson.org/doc/qnation.html> (Stand: 24. 11. 2004)